

PROTOKOLL

12. Sitzung des Betriebsausschusses Städtische Häfen
am Montag, 9. September 2019, Runder Saal, Congress Centrum Hannover

Beginn 9.30 Uhr
Ende 10.40 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

(Ratsherr Emmelmann)	(CDU)
Ratsfrau Keller	(SPD)
Ratsfrau Dr. Clausen-Muradian	(Bündnis 90/Die Grünen)
Ratsherr Gast	(Bündnis 90/Die Grünen)
Herr Hartmann	
Herr Heidrich	
Herr Hesse	
Ratsherr Jeng	(CDU)
Ratsherr Karger	(AfD)
Herr Koch	
(Herr Lorenz)	(parteilos)
Ratsherr Dr. Menge	(SPD)
Ratsherr Pohl	(CDU)
Ratsherr Spiegelhauer	(SPD)
Herr Thiele	
Ratsherr Zingler	(LINKE & PIRATEN)

Grundmandat:

(Ratsherr Engelke)	(FDP)
Ratsherr Förste	(Die FRAKTION)
Ratsherr Wruck	(DIE HANNOVERANER)

Verwaltung:

Frau Tegmeyer- Dette	Erste Stadträtin
Herr Hartmann	Referent Dezernat V
Herr Ohm	Betriebsleiter
Herr Klingenberg	Protokollführer
Herr Ramm	Beteiligungsmanagement

Tagesordnung:

- I. ÖFFENTLICHER TEIL
1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die 11. Sitzung am 27.05.2019 (öffentl. Teil)
3. Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Städtischen Häfen Hannover - Wirtschaftsjahr 2019
(Informationsdrucks. Nr. 2162/2019)
4. Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zur Eindämmung der Klimakrise als Aufgabe von höchster Priorität
(Drucks. Nr. 1429/2019)
- 4.1. dazu Änderungsantrag der CDU-Fraktion
(Drucks. Nr. 2204/2019)
5. Bericht der Dezernentin und der Betriebsleitung sowie Aussprache

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

TOP 1.

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Ratsfrau Keller eröffnete um 09:30 Uhr die Sitzung. Sie stellte die ordnungsgemäße Einberufung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

Ratsherr Spiegelhauer stellte den Antrag zur Tagesordnung, die **TOP 4 und 4.1** von der Tagesordnung abzusetzen, da diese zunächst im Ausschuss für Umwelt und Grünflächen behandelt würden.

Dem Antrag auf Änderung der Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt.

TOP 2.

Genehmigung des Protokolls über die 11. Sitzung am 27.05.2019 (öffentl. Teil)

Das Protokoll wurde einstimmig genehmigt.

TOP 3.

Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Städtischen Häfen Hannover - Wirtschaftsjahr 2019 (Informationsdrucksache Nr. 2162/2019)

Herr Ohm erläuterte die Bestellung der WIBERA zum Wirtschaftsprüfer für das Wirtschaftsjahr 2019.

Die Informationsdrucksache Nr. 2162/2019 wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 4.

Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zur Eindämmung der Klimakrise als Aufgabe von höchster Priorität (Drucks. Nr. 1429/2019)

Auf Antrag von der Tagesordnung genommen, wird zunächst im Umweltausschuss behandelt.

TOP 4.1.

dazu Änderungsantrag der CDU-Fraktion (Drucks. Nr. 2204/2019)

Auf Antrag von der Tagesordnung genommen, wird zunächst im Umweltausschuss behandelt.

TOP 5.

Bericht der Dezernentin und der Betriebsleitung sowie Aussprache

Es lagen keine Berichte vor. **Herr Ohm** legte zur Information die geplanten Termine des Betriebsausschusses für das kommende Jahr vor. **Erste Stadträtin Tegtmeyer-Dette** bat darum, die vorliegenden Sitzungstermine für 2020 als Entwurf zu betrachten, da zunächst eine Abstimmung mit anderen Ausschüssen erfolgen müsse.

Hannover, den

für das Protokoll

(Erste Stadträtin Tegtmeyer-Dette)

(Klingenberg)

Landeshauptstadt



Informations-
drucksache



In den Betriebsausschuss Städtische Häfen

Nr. 2162/2019

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Städtischen Häfen Hannover - Wirtschaftsjahr 2019

Im Einvernehmen mit dem Rechnungsprüfungsamt (OE 14) wurde mit der Jahresabschlussprüfung für das Wirtschaftsjahr 2019 die

WIBERA Wirtschaftsberatung
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Fuhrberger Str. 5
30625 Hannover

beauftragt.

Die WIBERA Wirtschaftsberatung verfügt über gute kommunale Referenzen. Sie ist seit 2016 mit der Jahresabschlussprüfung beauftragt.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Die Gender- Aspekte wurden geprüft, kommen hier aber nicht zum Tragen. Die Inhalte der Drucksache sind ausschließlich wirtschaftlicher Natur.

Kostentabelle

Der entstehende Aufwand wird über den Erfolgsplan der Städtischen Häfen Hannover abgewickelt.

82
Hannover / 26.08.2019



In

- den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
- den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
- den Schul- und Bildungsausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- den Ausschuss für Integration, Europa und internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
- Kulturausschuss
- den Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters
- den Sportausschuss
- den Organisations- und Personalausschuss
- die Betriebsausschüsse für
 - a) Städtische Häfen
 - b) Hannover Congress Centrum
 - c) Stadtentwässerung
- den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
- den Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung
- den Verwaltungsausschuss
- die Ratsversammlung

Schmiedestraße 39
30 159 Hannover

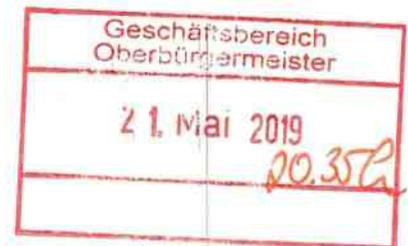
Bruno Adam Wolf
stellv. Gruppenvorsitzender

☎ 05 11 - 168 326 00

☎ 05 11 - 168 326 08

linke.piraten@hannover-rat.de

2019-05-21



Antrag

gemäß §§ 10 und 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

EINDÄMMUNG DER KLIMAKRISE ALS AUFGABE VON HÖCHSTER PRIORITÄT

zu beschließen:

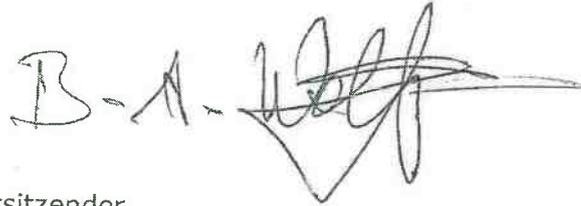
1. Der Rat erklärt den Klimanotstand* und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
2. Der Rat begrüßt ausdrücklich das Engagement der „Friday-for-Future“-Bewegung und aller anderen Menschen und Initiativen, die sich in Hannover, Europa und der Welt für Klimaschutz einsetzen.
3. Der Rat fordert die Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover auf, künftig bei jeglichen Entscheidungen die Auswirkungen auf das Klima zu berücksichtigen und bevorzugt Lösungen zu suchen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Hierzu wird künftig für Beschlussvorlagen der Verwaltung eine Rubrik „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ verpflichtender Bestandteil.
4. Der Rat fordert die Verwaltung auf, bei allen Institutionen und Organisationen, in denen die Landeshauptstadt Hannover Mitglied ist, darauf hinzuwirken, dass diese sich ebenfalls verstärkt für die Eindämmung der Klimakrise engagieren. Über die Ergebnisse ist dem Rat jährlich zu berichten.
5. Der Rat fordert die städtischen Betriebe sowie Unternehmen mit städtischer Beteiligung auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen.

Begründung: (siehe nächste Seite)

Eine der größten Bedrohungen des 21. Jahrhunderts ist der von Menschen verursachte Klimawandel. Die von der „Fridays-for-Future“-Bewegung angeregte Ausrufung des Klimanotstands soll dazu dienen, „alle Kräfte aus Politik und Bevölkerung zu bündeln, um gemeinsam sofortige und entschlossene Anstrengungen zum Klimaschutz zu leisten“.

Der Klimawandel ist nicht nur eine ökologische Frage, sondern hat unmittelbare Auswirkungen auf die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten, in Hannover wie überall auf der Welt. In unserer Kommune haben wir die Möglichkeit, durch bewusste Steuerung die ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Belange klug miteinander zu verzahnen.

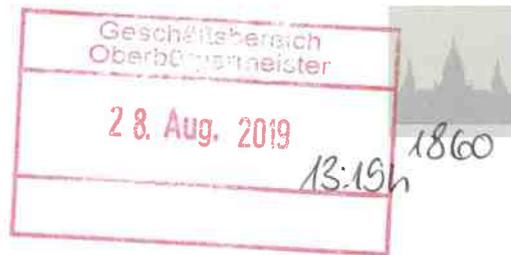
Bei allen Handlungen und Beschlüssen der Landeshauptstadt Hannover müssen künftig stets auch die Auswirkungen auf das Klima berücksichtigt werden. Ziel muss sein, bei allen Maßnahmen negative Auswirkungen auf das Klima zu vermeiden bzw. so gering wie möglich zu halten, bzw. Maßnahmen mit höherer Klimafreundlichkeit zu fördern. Dieser Grundsatz muss auch auf die städtischen Betriebe bzw. Beteiligungen übertragen werden, um das Ziel einer klimaneutralen Landeshauptstadt besser erreichen zu können.

A handwritten signature in black ink, consisting of the initials 'B-A-W' followed by a stylized, cursive signature.

Bruno Adam Wolf
stellv. Gruppenvorsitzender

** Der Begriff „Klimanotstand“ ist symbolisch zu verstehen und soll keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.*

An alle Ausschüsse
An alle Betriebsausschüsse
In die Ratsversammlung



CDU RATSFRAKTION
HANNOVER

28. August 2019

Änderungsantrag

gemäß der Geschäftsordnung des Rates der
Landeshauptstadt Hannover zu Drucks. Nr. 1429/2019
(Eindämmung der Klimakrise als Aufgabe von höchster
Priorität)

Antrag zu beschließen:

Der Antragstext wird durch folgenden Text ersetzt:

1. Der Rat der Landeshauptstadt Hannover bekennt sich uneingeschränkt zum Pariser Klimaschutzabkommen.
2. Der Rat der Landeshauptstadt Hannover stellt kritisch fest, dass zentrale gesteckte Klimaschutzziele nicht erreicht werden. Aus diesem Grund muss sich auch die Landeshauptstadt Hannover vermehrt ihrer Verantwortung stellen.
3. Der Rat der Landeshauptstadt Hannover begrüßt ausdrücklich das gesellschaftliche Engagement zu den Themen Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz. Neben dem fortwährenden Engagement der Natur- und Umweltverbände ist auch die Bewegung „Fridays for Future“ positiv hervorzuheben. Die Vorstellungen und Forderungen der unterschiedlichen Akteure werden ernstgenommen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat der Landeshauptstadt Hannover Vorschläge zu unterbreiten, inwieweit ein beratendes Gremium eingerichtet werden kann. Das Gremium soll sich mit den Themen Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz befassen und den zuständigen Ratsgremien Vorschläge unterbreiten. Auf diese Weise sollen verschiedene Maßnahmenvorstellungen transparent im direkten Austausch diskutiert und gebündelt werden. Im Gremium sollen neben einschlägigen Fachleuten und Wissenschaftlern auch Schüler, Studenten, Natur- und Umweltverbände sowie weitere zivilgesellschaftliche Organisationen und Wirtschaftsverbände vertreten sein.

Begründung:

Die Bekämpfung der anthropogenen globalen Erwärmung ist eine Hauptaufgabe unserer Zeit. Klimaschutz ist sowohl eine globale als auch eine kommunale Aufgabe. Es gibt in Hannover zurzeit diverse Programme, Konzepte und sogar einen „Masterplan 100 % für den Klimaschutz“. Inhaltlich sind diese an vielen Stellen unzureichend, aus Sicht der CDU-Ratsfraktion muss auch die Landeshauptstadt Hannover einen größeren Beitrag zum Schutz unserer Lebensgrundlage leisten.

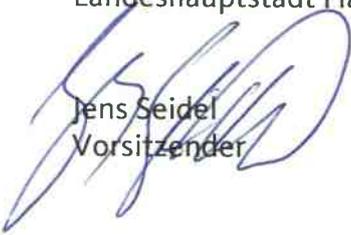
Dies ist aber nicht durch reine Symbolpolitik zu erreichen. Die Ausrufung eines „Klimanotstands“ ist daher abzulehnen. Es soll für einen symbolischen Akt der rechtliche Begriff des Notstands verwendet werden. Verbale Panikmache ist in der Diskussion kontraproduktiv: Politik muss sich auch sprachlich um Glaubwürdigkeit bemühen. Umweltschutz ist keine Frage von unbeholfenem Aktionismus und Populismus. Umweltschutz ist eine Frage von konkreten Handlungen.

Bei der Einführung einer Rubrik „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ bei Verwaltungsvorlagen der Verwaltung ist zu befürchten, dass dies zu einer Leerformel wird. Bei thematisch einschlägigen Vorlagen, ist die entsprechende Berücksichtigung selbstverständlich vorzunehmen.

Allerdings dürfen auch Klimaschutzmaßnahmen nicht singulär betrachtet werden, sondern es müssen auch andere Faktoren im Auge behalten werden. Was etwa ökologisch auf dem ersten Blick sinnvoll erscheint, kann ökonomisch verheerende Auswirkungen haben. Hohe Umweltauflagen im Baubereich führen etwa zu drastischen Steigerungen bei den Mieten. Dabei sind Ökologie und Ökonomie aber nicht prinzipiell Gegensätze: Auch volks- und betriebswirtschaftlich ist richtig umgesetzter Klimaschutz sinnvoll.

Aus diesem Grund möchte die CDU-Ratsfraktion im Rahmen einer Klimaoffensive ein beratendes Gremium einführen. Dieses soll mit unterschiedlichen Akteuren der Zivilgesellschaft und Wirtschaft besetzt sein und konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz entwickeln. In seinem Handeln soll das Gremium möglichst frei agieren, Schwerpunkte selber setzen, aber von der Verwaltung administrative und inhaltliche Unterstützung erfahren, insoweit dies gewünscht ist. In einem nächsten Schritt sollen die Ergebnisse den zuständigen Ratsgremien zugeleitet werden, um eine parteipolitische Einflussnahme im Vorfeld zu minimieren. Durch ein solches Gremium erhofft sich die CDU-Ratsfraktion konstruktive Impulse, die den Diskussions- und Entscheidungsprozess sinnvoll bereichern können.

Das geforderte beratende Gremium soll nicht wie das bestehende Kuratorium „Klimaschutzregion Hannover“ ausgestaltet sein, welches auf Regions- und Stadtebene angesiedelt und auch mit Mitgliedern der Regionsversammlung und des Rates der Landeshauptstadt besetzt ist. Das beratende Gremium soll eben nicht mit Vertretern der Politik besetzt sein, sondern soll davon unabhängig konkrete Maßnahmen für die Landeshauptstadt Hannover empfehlen.



Jens Seidel
Vorsitzender